

Berlin im ersten Kriegsjahr.

Von

Oberbürgermeister Adolf Bernuth,

Wirtl. Geh. Rat.

Zum Blick nach rückwärts ist die Zeit nicht gekommen. Noch sehen wir trohen Mutes voraus, entschlossen und fähig, unsere Kriegspflichten mit ungeminderter Kraft zu erfüllen. Doch mag der Ablauf des ersten Kriegsjahres Anlaß geben, sich Rechenschaft über das bisher Geschehene abzulegen, um zu erkennen, was wir an Begonnenem zu vollenden, an Neuem hinzuzufügen haben.

„Unsere heiligsten Güter, das Vaterland, den eigenen Herd gilt es gegen ruchlosen Ueberfall zu schützen. Feinde ringsum! Das ist das Kennzeichen der Lage. Ein schwerer Kampf, große Opfer stehen uns bevor.“ Mit diesen Worten rief vor Jahresfrist unser Kaiser das deutsche Volk zu den Waffen. Unvergängliche Taten haben seitdem Heer und Flotte vollbracht. Aber auch die, welchen es oblag, unter dem Schutze der Waffen die wirtschaftliche Existenz Deutschlands zu erhalten, haben ihre ganze Kraft freudig und eines Sinnes in den Dienst gestellt. Die Schaffens- und Opferbereitschaft des Bürgertums in diesen schweren Zeiten tritt der historisch gewordenen Betätigung des Gemeinsums während der Freiheitskriege ebenbürtig zur Seite. Sowohl der Einzelne wie die Gesamtheit der Bürgerchaft wurde mit dem Krieg plötzlich vor die Notwendigkeit sofortiger Entschlüsse, großer Opfer und der Lösung und Durchführung neuer, schwieriger Aufgaben gestellt. Auch für die Verwaltung der Reichshauptstadt ist in diesem Jahre eine Fülle solcher Aufgaben erwachsen. Es waren zuvörderst die durch Mobilmachung und Krieg erforderten militärischen Maßregeln zu unterstützen, soweit der Bürger dazu berufen ist. Daran schloß sich eine der vornehmsten und wichtigsten, aber auch opferreichsten Pflichten, die Fürsorge für die Familien unserer Krieger. Groß-Berlin hat hier, soviel ich weiß, als erstes Gemeinwesen zu der Reichsunterstützung einen städtischen Zuschuß in gleicher Höhe gewährt. Wenn man in Betracht zieht, daß allein im engeren Berlin für den Monat Juli dieses Jahres 150 911 Kriegsfürsorgefälle zu behandeln waren, eine Zahl, die andauernd weiter steigt, und daß hier für Unterstützungen von Kriegerfamilien bislang rund 46 Millionen Mark aufgewandt worden sind, so wird man den außerordentlichen Umfang der Arbeiten und Leistungen ermessen, die auf diesem Gebiete zu bewältigen waren. Nicht berücksichtigt sind dabei die Zubußen, die Berlin in Erfüllung seiner Pflicht als Arbeitgeber übernommen hat.

Der Kriegsausbruch hatte zunächst naturgemäß eine Störung in Industrie, Handel und Gewerbe zur Folge. Der Gefahr einer gesteigerten Arbeitslosigkeit mußte mit raschem Entschluß begegnet werden. Die Stadt setzte hierzu neben Fortführung der bereits begonnenen Bauten usw. und Aufnahme von Notstandsarbeiten die planmäßige Arbeitslosenunterstützung ins Werk. Dank den glänzenden Waffenerfolgen und der inneren Gesundheit unseres wirtschaftlichen Lebens hat die Arbeitslosigkeit sich jedoch in ihr Gegenteil verwandelt. Betrug die Zahl der Arbeitslosen im Juli vor Ausbruch des Krieges 14 999 und kurz nach Ausbruch des Krieges, am 20. August, 56 988, so belief sie sich Mitte Juli 1915 auf nur noch 3354. Das ist wohl die wichtigste Ziffer für die Beurteilung der gesamten Kriegswirtschaftlichen Lage. Sie wird bestätigt und ergänzt durch die Statistik des städtischen Obdachs, welches seit Monaten nur etwa ein Zehntel der Besucherzahl des Vorjahres aufnimmt. Auch die Berliner Sparkasse bildet ein untrügliches Thermometer für den günstigen Stand unserer Nationalwirtschaft. Sie hat seit dem Januar dieses Jahres 74 845 000 Mark Einzahlungen und 34 660 000 Mark

Auszahlungen, also ein Mehr von 40 185 000 Mark gehabt und so ihre eigenen Zeichnungen und die ihrer Sparer zur Kriegsanleihe spielend ausgeglichen.

Bedeutende Mietbeihilfen, die nach dem jetzigen Monatsbedarf einen Jahreswert von mehr als 15 Millionen Mark darstellen würden, und das recht erfolgreiche Wirken von Mieteinigungs-Ämtern mildern für Hausbesitzer und Mieter die durch den Krieg verursachten Mängel; wir möchten, so gut es geht, verhüten, daß der heimkehrende Krieger drückende Mietschulden vorfindet. Die Hypothekeneinigungsämter dienen in entsprechender Weise dem Ausgleich zwischen Hausbesitzer und Hypothekengläubiger.

Einen eigenen Abschnitt und eine besondere, durch mannigfaltige Sorgen nur erhöhte Freude bildet für alle deutschen Gemeinden die Teilnahme an der Lebensmittelversorgung. Sie hat den weitesten Spielraum beim täglichen Brot, weil hier, und hier allein, die Maßnahmen des Reiches eine festgesetzte Unterlage gewähren. So konnte mitten im Winter, in der Mitte auch des Erntejahres und zur Zeit der größten Ungewißheit Berlin in kraftvollem Einvernehmen mit allen Nachbargemeinden des großstädtischen Bezirks durch Einführung der Brot- und Mehlfactes des Reichs für die Regelung des Verbrauchs auch der dichtestgedrängten Bevölkerungsmassen geben und durch Beteiligung an der Kriegsgetreidegesellschaft die Zuführung der Mehlmengen an die großen Mittelpunkte des Konsums erleichtern. Umfangreich und schwierig war sicherlich auch die unmittelbar nach der Mobilmachung begonnene Beschaffung von Fleisch- und Kartoffelvorräten. Es ist selbst für eine Stadt wie Berlin keine Kleinigkeit, reichlich 50 Millionen Mark in das Lebensmittelgeschäft hineinzustecken und dieses Geschäft, wenn ein Nutzen für die Gemeinde programmäßig ausgeschlossen war, doch andererseits ohne Schaden abzuwickeln. In der Einwirkung auf die Lebensmittelpreise darf man die Macht der Gemeinde nicht überschätzen. Auf sich allein gestellt wird die einzelne Stadt durch Höchstpreise in der Regel nur bewirken, daß sie die Zufuhr von sich verjagt. Hier müssen Maßregeln des Reiches und Staates zum wenigsten die allgemeine Grundlage bieten.

Von den zahlreichen sonstigen Kriegsmassnahmen mögen noch erwähnt werden die Futtermittelregelung, die Beteiligung der Sparkasse an den Reichs-Kriegsanleihen, die Flüchtlingsfürsorge, die Beihilfen für Ostpreußen und Elsaß-Lothringen, die Viehesgaben, die verstärkte Fürsorge zur Speisung Bedürftiger, die Wochenhilfe, die Mitarbeit der Stadt bei Bestandaufnahmen und Beschlagnahmen.

Eine Vergleichung der von den Städten für Kriegszwecke aufgewandten Beträge zeigt, daß, je größer die Stadt ist, um so größer auch für sie die Veranlassung war, Gemeindemittel für die Kriegswohlfahrtspflege zu verausgaben. Wir besitzen darüber für einzelne der Ausgaben Berechnungen (die nicht von Berliner Seite herrühren) zuletzt aus dem März 1915. Sie ergeben, daß monatlich für den Kopf der Bevölkerung aufgewendet waren: von Berlin 1,29 M., von den übrigen Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern 1,19 M., von den Städten mit 100—200 000 Einwohnern 1,13 M., von den Städten mit 50—100 000 Einwohnern 75 Pf., von den Städten mit 30—50 000 Einwohnern 63 Pf., von den Städten mit 25—30 000 Einwohnern 45 Pf.

So wenig wie das deutsche Volk haben die deutschen Städte das Recht und die Zeit, ihr bisheriges Tun im Nebel des Selbstlobes zu betrachten. Wir gehen wieder den kürzeren Tagen, den Zeiten der Kälte und Dunkelheit entgegen. Es gilt, neuen Antriebe zu geben zur Hilfe für unsere Tapferen draußen und für die Bedürftigen im Innern. Es gilt, die wirtschaftlichen Lehren auszunutzen, die das Jahr uns erteilte. Es gilt, auch ferner mit Vorsicht und Umsicht zu handeln, damit die finanzielle Kraft des Gemeinwesens ungeschmälert erhalten bleibt. Wir sind nach wie vor von dem einen Wunsche belehrt: uns weder zu bewähren in allem, was das Vaterland von seinen Bürgern im Weltkriege verlangt.